

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blantenstein, Braunsdorf, Burschardtswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Gühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lützen, Mohorn, Müllitz-Roitzschen, Münzig, Neukirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Rohrdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weiskropp, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro viergespaltene Korpuszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion: Martin Berger, Wilsdruff.

No. 125.

Donnerstag, den 22. Oktober 1903.

62. Jahrg.

Die große Geldfrage.

Die Zeit, in welcher der dem neugewählten Reichstag bei seinem Zusammentritt im Dezember zu unterbreitende Reichshaushalt für 1904/05 abgeschlossen werden muß, ist ziemlich nahe gekommen, und alle die Persönlichkeiten, welche dabei ein gewichtiges Wort mit zu sprechen haben, pflegen einen Meinungsaustrausch miteinander, wie das erforderliche Mehr in den Reichsausgaben am besten gedeckt wird. Denn nur darum, freilich ist es die Hauptsache, kann es sich handeln! Daß Ausgaben für allgemeine und öffentliche Zwecke nicht sinken, sondern steigen, diese Erfahrung macht man nicht allein in Staaten, sondern auch in Städten und Dörfern, und es ist für das bald sechzig Millionen Einwohner zählende deutsche Reich, für seine Gesamtentwicklung nur selbstverständlich, wenn die Ausgaben für notwendige Zwecke wachsen. Ueber das, was notwendig ist, haben ja schon oft zwischen den verbündeten Regierungen und der deutschen Volksvertretung Meinungsverschiedenheiten bestanden, aber am Ende hat sich stets eine beträchtliche Reichstagsmehrheit für das als notwendig erkannte, für das wirkliche nötige zusammengefunden. Die Sorge darum ist in Wahrheit nie so groß, wie sie mitunter gemacht wird; es wird im Reichstage immer genug Männer geben, die daran festhalten, daß dem wachsenden und älter werdenden deutschen Reiche gerade so ein ausreichendes Kleidmaß werden müsse, wie jedem älter werdenden Menschen. Aber die Art der Kostendeckung! Da steht der Haken und da muß angefaßt werden.

Wir meinen, die Erfahrungen des letzten Jahres hätten auch dem Reichstage selbst bewiesen, daß die deutschen Einzelstaaten in finanzieller Beziehung Luft bekommen müssen, damit bei den direkten Steuern etwas zeitensprechende Rücksichtnahme zur Geltung kommen kann. Wir haben daran zu denken, daß die geltenden Steuergesetze für die direkten Abgaben in den meisten Bundesstaaten zu einer Zeit beschlossen wurden, in welcher die Verhältnisse günstiger waren, wie heute, in der besonders die Unkosten für den Nährstand weniger erheblich waren; wie jetzt. Um sich dauernden Absatz zu sichern, ist der Verdienst in vielen Zweigen der bürgerlichen Arbeit sehr herabgebracht, der Umfang des Betriebes steht oft nicht mehr in dem rechten, wenigstens einstmals für recht gehaltenen Verhältnis zum Gewinn. Die Steuerbehörden können nicht immer die allein aus eigener praktischer Erfahrung hervorgehende Kenntnis haben, für den Bürger ist es aber keine Freude, wenn er wieder und wieder Geschäftsergebnisse und damit Geschäftsgeheimnisse vor fremde Augen offen hinlegen soll. Hier ist also in Zeitläuften, wie den heutigen, eine gewisse Rücksichtnahme, die aus berechtigtem Wohlwollen gegen den Nährstand entspringt, zu wünschen, und sie kann um so eher geübt werden, wenn die Finanzminister nicht fortwährend nach der Kasse des Reiches zu blicken brauchen, die von den einzelnen Bundesstaaten frische Fällung verlangt.

Zum neuen Reichshaushalt wird zweifellos wieder mehr von den Einzelstaaten gezahlt werden müssen; ist es nicht viel, so ist es etwas, und aus dem Mehr kann wieder ein Ziel werden. Da muß denn zum allgemeinen Besten eine gewisse Grenze gezogen werden, bei deren Festsetzung der Ertrag des neuen Jolltarifes ja eine Rolle spielen wird, die in jedem Fall aber gezogen werden muß. Es ist nicht erforderlich, die Sache übers Knie zu brechen, so hieß es Deutschland nicht dran. Aber in den einzelnen deutschen Bundesstaaten müssen die Steuerzahler wissen, daß eine Zeit kommen wird, in der der wirklichen Lage Rechnung getragen wird. Der Nährstand, der auch in kritischer Zeit sich müht, Angestellten und Arbeitern Tätigkeit und Verdienst zu erhalten, hat sich in seiner Weise ebenfalls um den Staat wohl verdient gemacht, und kann mit Recht denken: Eine Hand wäscht die andere.

Politische Rundschau.

Dem Kaiser war anläßlich der am Sonntag als dem 90. Jahrestage der Völkerschlacht bei Leipzig, in Leipzig

abgehaltenen Gedenkfeier an der Stätte des künftigen Völkerschlachtdenkmalens ein telegraphischer Guldigungsgruß seitens des deutschen Patriotenbundes zugegangen. Der Monarch hat nun durch den Geheimen Rabinetsrat v. Bucanus für diese Guldigung telegraphisch danken und zugleich dem patriotischen Unternehmen des Leipziger Völkerschlachtdenkmalens einen guten Fortgang wünschen lassen.

Kaiserin Augusta Viktoria vollendet am diesem Donnerstag ihr 45. Lebensjahr.

Die Gerüchte von einer angeblichen Verlobung der geschiedenen Großherzogin von Hessen mit dem Großfürsten Cyril von Rußland, ältestem Sohne des Großfürsten Wladimir, erweisen sich als unbegründet.

Die große Finanzminister-Konferenz hat am Montag in Berlin unter Vorsitz des Reichskanzlers Grafen Bülow begonnen. In einer einleitenden Ansprache brühte Graf Bülow seine Genugtuung über das bereitwillige Eingehen der Bundesregierungen auf die Einladung zu diesen Besprechungen aus, wies auf die ungünstige Lage der Reichsfinanzen hin, die einen weiteren Aufschub der allseitig als unabweisbar erkannten Reformen nicht tunlich erscheinen lasse, und unterbreitete mehrere auf seine Anregung ausgearbeitete Vorschläge zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten zur näheren Prüfung. Diese Vorschläge wurden sodann durch den Staatssekretär des Reichsschatzamtens eingehend begründet. Freiherr v. Stengel wird als Stellvertreter des Reichskanzlers in den Reichsfinanzangelegenheiten den Vorsitz bei den Beratungen führen, sofern der Reichskanzler persönlich durch andere Amtsgeschäfte daran verhindert ist. — Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit bald etwas Näheres über die der Berliner Finanzministerkonferenz unterbreiteten Vorschläge des Reichskanzlers betreffend der geplanten Reichsfinanzreform.

Auch die sozialdemokratische Partei hat nunmehr ihren Wahlauftrag zu den preussischen Landtagswahlen erfüllen lassen. Die langatmige Kundgebung setzt sich aus heftigen Angriffen gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien und aus einer ziemlich Anzahl von allerlei Versprechungen und Forderungen der preussischen Sozialdemokratie zusammen. Zuletzt erklärt der Wahlauftrag, die sozialdemokratische Partei wolle sich „versuchsweise“ an den bevorstehenden Landtagswahlen beteiligen.

Die lange ungarische Kabinettskrise dürfte zur Stunde ihre Lösung durch die Bildung eines neuen Kabinetts durch Baron Lufacs, den bisherigen Finanzminister Ungarns, gefunden haben. Bereits war in bester politischen Kreisen folgende angebliche Liste der Mitglieder der neuen Regierung im Umlauf: Baron Lufacs Präsidium und Finanzen, Graf Apponyi Inneres, Berzeviczy Unterricht, Hieronymy Handel, Nagy Justiz, Zielmayer Ackerbau und Kolossow Landbesitzungsminister. Was die durch die Vermittlung des Barons Lufacs geführten Verhandlungen zwischen dem Kaiser und der liberalen Partei Ungarns betreffend der Armeeangelegenheit, so wird hierüber aus Wien privatim folgendes berichtet: Der Kaiser habe die praktische Notwendigkeit und die Berechtigung der ungarischen Kommandosprache in den ungarischen Regimentern zugestanden, aber sich zugleich sämtliche ihm verfassungsmäßig zustehenden Reservatrechte bezüglich der Armee ausschließlich und ohne Einflußnahme des Reichstages auf deren Ausübung vorbehalten.

Das italienische Königspaar ist am Montag Abend wieder von seinem Pariser Besuche in Schloß San Rossore bei Pisa eingetroffen. Auf dem ganzen Wege vom Bahnhofe Pisa nach San Rossore bereitete eine dichtgedrängte Volksmenge den Majestäten einen begeisterten Empfang und brachte Hochrufe auf sie aus, ebenso auf den Präsidenten Doubei. Musikkorps spielten abwechselnd den Königsmarsch und die Marseillaise. Offenbar spiegelt sich in dieser begeisterten Aufnahme des Königspaares bei dessen Heimkehr die Genugtuung der italienischen Nation über den so befriedigenden Verlauf des Pariser Aufenthaltes des Königspaares wieder. Auf seiner Heimreise von Paris nach Italien dankte König Victor Emanuel

dem Präsidenten Doubei von der Station Medane aus telegraphisch nochmals herzlich für die ihm und der Königin Helena gewordene Aufnahme zugleich den wärmsten Wünschen für die Wohlfahrt Frankreichs Ausdruck verleihend. Doubei bekundet in seiner Antwortdepesche seine Genugtuung, daß er die Majestäten habe empfangen dürfen und fügte herzliche Wünsche für Italien zu. Ueber die politische Bedeutung der Pariser Reise des Königs Victor Emanuel äußert sich die italienische Presse im allgemeinen noch etwas vorsichtig, während ein Teil der Pariser Blätter das Ereignis offen als eine Schwächung des Dreibundes feiert.

Das Unterbleiben des schuldigen Gegenbesuches des Zaren in Rom beginnt seine Opfer zu fordern. Zunächst werden direkt aus diesem Anlasse der russische Botschafter in Rom und der italienische Botschafter in Petersburg von ihren Posten scheiden, vielleicht wird aber auch noch das jetzige italienische Ministerium Zanarbelli selber über diesen peinlichen Zwischenfall stolpern. Zwar erklärt man von offiziöser italienischer Seite, daß das Unterbleiben des Zarenbesuches in Rom keineswegs einen Vorgang darstelle, der geeignet sei, das Kabinett Zanarbelli zum Rücktritt zu zwingen, trotzdem ist es nicht unmöglich, daß letzteres noch geschieht, wenn vielleicht auch die Demission des Kabinetts mit anderen Gründen bemantelt werden dürfte.

Papst Pius X. hat endlich dem beim Tode Leo's XIII. zurückgetretenen Kardinal-Staatssekretär Rampolla einen Nachfolger in der Person des Monsignore Merry del Val gegeben. Merry del Val muß freilich erst noch zum Kardinal ernannt werden. Der Staatssekretär des Vatikan's gilt als ein recht mittelmäßiger Geist und durchaus nicht als das Ideal eines Staatsmannes, welcher Umstand aber nur dafür zu sprechen scheint, daß Pius dem Posten eines päpstlichen Staatssekretärs keine allzugroße Bedeutung beimißt.

Die Pforte hat sich endlich dazu bequemt, eine Reihe der von den türkischen Truppen in Mazedonien begangenen Ausschreitungen zuzugeben. Sie ließ den Botschaftern Oesterreich-Ungarns und Rußlands ein Verzeichnis über verschiedene Ausschreitungen zugehen, deren Urheber angeblich streng bestraft worden sind. Im übrigen bereitet die Pforte eine neue Antwortnote auf die Beschwerden Oesterreich-Ungarns und Rußlands wegen den türkischen Truppenauschreitungen in Mazedonien vor. Zwischen der Türkei und Bulgarien wird in der Frage der gegenseitigen Abrüstung weiter verhandelt. Bulgarien will zunächst 5000 Mann Reserven entlassen, wenn die Türkei hierauf die doppelte Zahl entläßt.

Der amerikanische Marineminister Moody beabsichtigt, dem Kongreß eine Forderung von 102 Mill. Dollars für Marinezwecke zu unterbreiten.

In Tientsin (China) kam am Dienstag die deutsche und französische Post zum ersten Male auf dem Landwege durch Sibirien an.

Wie gemeldet wird, haben Chunchusen die Stadt Bodone am Sungarflusse überfallen. Eine Abteilung Kosaken ist zum Ersatz dahin abgegangen. Diese Räubereien, die eigentlich nie aufhören, bezeichnen übrigens Rußland als den Grund, weshalb die Mandschurei nicht geräumt werden könne. Erst müsse der „Aufstand in China“ zu Ende sein, so heißt es in der Erklärung des Generals Alexejew. Nun, dieser „Aufstand“ wird nie zu Ende sein, also auch die Mandschurei niemals geräumt werden.

Aus Port Arthur wird gemeldet, daß durch die äußerst korrekte Haltung der Politik des Statthalters Alexejew jede Gefahr eines Krieges zwischen Rußland und Japan beseitigt erscheint, wobei die Mandschurei natürlich unter russischer Verwaltung bleibt.

Kurze Chronik.

Schiffskatastrophen. Aus Hamburg wird vom 20. ds. gemeldet: In der Nordsee ist in letzter Nacht ein unbekanntes Segelschiff gestrandet und gesunken, die acht Mann der Besatzung ertranken. — Aus dem Haag wird